

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 21.

Berlin, Sonnabend, 14. März 1908.

Dreizigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Ruf nach Einigkeit. — Arbeiterfragen. — Ein
wertvoller Beitrag zur Heimarbeitfrage. — Allgemeine
Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. —
Anzeigen-Zeit.

Ein Ruf nach Einigkeit.

Die sozialpolitischen Vorlagen der Regierung,
die noch nicht zum Abschluß gelangten Beratungen
über den Etat des Reichsamts des Innern und die
statistische Zahl der dazu eingebrachten Resolutionen
verursachen gewissen Unternehmern schwere
Sorgen. Zu ihrem Sprachrohr hat sich die „Deutsche
Arbeiter-Zeitung“ gemacht, die in ihrer letzten
Nummer ihrem bedrängten Herzen Luft macht.
Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sei zur Vor-
nahme derartiger weitgehender sozialpolitischer Re-
formen, wie sie neuerdings in Aussicht genommen
worden sind, so ungeeignet wie nur irgend mög-
lich. Die Industrie befinde sich in einer überaus
kritischen Lage und müsse „an allen Ecken und
Enden sparen“. Deshalb sei es umso mehr zu ver-
urteilen, daß gerade diese kritische Periode zur
Verwirklichung so einschneidender und dem Unter-
nehmertum Kosten verursachender sozialpolitischer
Pläne aussersehen sein solle. Die Schuld dafür
erblidet das Unternehmerblatt darin, daß Herr
v. Bethmann-Hollweg hinter seinem Vorgänger,
dem Grafen v. Posadowsky, an sozialpolitischer
Reformarbeit nicht zurückstehen wollte und sich des-
wegen den politischen Parteien gegenüber zu stark
engagiert habe.

Die Industrie befindet sich danach in einer
schrecklichen Zwangslage, und das ist nach der
„Arbeiter-Zeitung“ vor allen Dingen darauf
zurückzuführen, daß Industrie und Gewerbe im
Reichstage eine absolut ungenügende Vertretung
ihrer Interessen besitzen, was wiederum die Folge
sei des gleichen, geheimen und direkten Wahl-
verfahrens, das also unbedingt beseitigt werden
müsse.

Aber nicht die Staatshilfe allein will das
Unternehmertum in Anspruch nehmen. Es richtet
vielmehr einen stammenden Aufruf an „alle die-
jenigen, die unter dieser Entwicklung zu leiden
haben“, und fordert sie auf, „sich der Erkenntnis
von der Notwendigkeit gemeinschaftlichen Vorgehens
zum Schutz ihrer bedrohten Interessen nicht länger
zu verschließen“. Mehr als je müßten die sonstigen
Gegensätze, die bisher das deutsche Unternehmertum
trennten und so das Gewicht seiner Ansicht von
dem sozialpolitischen Entwicklungsgang verminderten,
ausgeglichen werden. Denn Schreckliches steht be-
vor! Die bisherigen Erfahrungen lehren darauf
schließen, daß auch die im Gesetzentwurf über Ar-
beitskammern bereits zum Ausdruck gebrachten Be-
strebungen zwangsweiser Zusammenführung
der Arbeitgeber und der Arbeiter mit Hilfe
der Verpflichtung zum Abschluß von Tarif-
verträgen, der Einführung von obliga-
torischen Schiedsgerichten, der staatlichen
Regelung der Arbeitsvermittlung usw. des
Beifalls der Reichstagsparteien sicher sein dürften.
Dem müßte man sich sowohl im Interesse der
Unternehmer, als in dem der Volksgemeinschaft bei-
zeiten energisch widersetzen.

Das also ist des Pudels Kern! Der Ge-
dante, die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor
anzuerkennen, mit ihnen gemeinschaftlich über die

Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verhandeln,
mit anderen Worten, von dem Herrenstandpunkt
herabzusteigen und den Arbeitern ein Mit-
bestimmungsrecht am Arbeitsvertrage einzuräumen,
ist den Scharfmachern so fürchterlich, daß sie in
die Alarmtrompete stoßen und das Heer der Ge-
treuen zu energischem Widerstande sammeln zu
müssen glauben.

Wir wollen uns in den geschilderten Gedan-
ken der „Arbeiter-Zeitung“ nicht vertiefen.
Eine Uebereinstimmung läßt sich doch nicht herbei-
führen. Wir sind der Meinung und wissen uns
darin einig mit der gesamten deutschen Arbeiter-
schaft, daß das Tempo in unserer Sozialpolitik ein
viel zu langsames ist und die der Industrie auf-
erlegten Lasten sehr wohl zu tragen sind. Selbst
der Freiherr Heyl zu Herrnsheim hat erst kürzlich
im Reichstage erklärt, daß die sozialpolitische Ge-
gebung der Industrie durchaus Vorteile gebracht
hätte. Man braucht ja auch nur die Entwicklung
unserer wirtschaftlichen und speziell industriellen
Verhältnisse zu überblicken, um die Ueberzeugung
zu erlangen, daß die bisherigen sozialpolitischen
Lasten dieser Entwicklung auch nicht das geringste
Hemmnis in den Weg gelegt haben. Deshalb ver-
langen wir, daß die sozialpolitischen Vorlagen,
die bisher eingebracht sind, so schnell wie möglich
und in einem der Arbeiterschaft günstigeren Sinne
erledigt werden, unbefürmert um das Geschrei
einiger Scharfmacher, die jedesmal eine solche Ge-
legenheit benutzen, um über die ungünstige Lage
der Industrie zu wehklagen, ohne dazu Veran-
lassung zu haben.

Gewiß, unter der ungünstigen Geschäftslage
haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch die
Unternehmer zu leiden. Letztere aber können es
sicher eher aushalten als die erstgenannten, die bei
den herrschenden Feuerungsverhältnissen selbst
während der guten Geschäftsjahre nicht in der Lage
waren, wesentliche Erparnisse zu machen. Wögen
also immerhin die Unternehmer sich sammeln und
„unter Ausschaltung aller sonstigen Gegensätze“
gemeinschaftlich ihre Interessen wahrzunehmen suchen.
Dieselbe Verpflichtung aber haben in noch viel
höherem Maße die deutschen Arbeiter, die sich an
dem Vorgehen der Unternehmer ein Beispiel
nehmen sollten. Gerade jetzt, wo die Not öfter
als sonst an die Türen pocht, wo die Unternehmer
jede Gelegenheit wahrnehmen, „an allen Ecken und
Enden zu sparen“ und dazu in erster Linie die
Löhne der Arbeiter benutzen, da sollten auch diese
die nun einmal vorhandenen Gegensätze nicht bei
jeder Gelegenheit in den Vordergrund stellen,
sondern vielmehr stets daran denken, gemein-
schaftlich die Verschlechterungen abzuwehren. Der
Kampf der Meinungen soll ruhig weiter bestehen
und durchgeführt werden in sachlicher Form. Vor
allen Dingen aber sollte darauf Bedacht genommen
werden, daß man die Kräfte, die man braucht zur
Abwehr ungünstiger Arbeitsbedingungen, nicht zer-
splittert in gegenseitigen fruchtlosen Kämpfen, die
das Bild der Zerplitterung und Ohnmacht der
Arbeiterschaft den Unternehmern immer wieder vor
Augen führen und ihnen ein Ansporn sind, nur
um so rücksichtsloser gegen die Arbeiter vorzugehen.
Wöge der Ruf der „Arbeiter-Zeitung“ nach
Einigkeit über die Kreise der Unternehmer hinaus
auch unter den Arbeitern Widerhall finden!

Arbeiterfragen.

Auf dem Parteitage der deutschen Volkspartei
in Konstanz hielt der badische Abg. Dr. Haas über
dieses Thema ein glänzendes Referat, das er vor
einigen Tagen im demokratischen Verein zu Frank-
furt a. M. wiederholte. Dasselbe zeugt von hohem
sozialen Verständnis und verdient deshalb auch
weiteren Kreisen in seinen Hauptzügen zugänglich
gemacht zu werden. Nachdem der Redner die Be-
deutung und Entwicklung der industriellen Ar-
beiterschaft geschildert hatte, führte er nach der
„Frankf. Ztg.“ weiter aus:

„An diese gliedert sich aber auch das große Heer der
Privatebeamten aller Art an. Denn auch diese Art
von abhängigen Existenzen kann nur in den allerersten
Fällen zur Selbständigkeit aufsteigen und muß deshalb
dieselben Formen des wirtschaftlichen Kampfes annehmen,
die für die übrigen Arbeiter gelten. Deshalb haben wir
allen Grund, unsere Sympathie den Organisationen der
Kaufmännischen und technisch-industriellen Angehörigen ent-
gegenzubringen. Unsere wirtschaftliche Entwicklung braucht
freudige, leistungsfähige, wirtschaftlich gehobene Mi-
tarbeiter, wenn sie im Wettbewerb der Völker bestehen will.
Eine Gruppe, in der ein geradezu unsagbares Elend
herrscht, ist die der Heimarbeiter. Und nicht besser
sind die Verhältnisse der Landarbeiter, besonders im
Osten. Die Agrarier im Osten klagen über die Landflucht,
sind ihren Arbeitern menschenwürdige Verhältnisse zu be-
reiten. Sie klagen in frommen Versammlungen über die
wachsende Unfruchtbarkeit und sie geben andererseits ihren
Arbeitern Lebens- und Wohnungsverhältnisse, die geradezu
zur Unfruchtbarkeit führen. Helfen kann nur, wenn man den
Großgrundbesitz — aber nicht nur den polnischen — ent-
eignet und Bauerngut an Bauerngut reißt.“

Nach einer Schätzung von Sombart gehören 35 Mil-
lionen Deutsche zur Arbeiterschaft. Diese eine Zahl zeigt
die Bedeutung der Arbeiterfrage. Die Demokratie ist stolz
darauf, daß sie als erste bürgerliche Partei ein Ein-
greifen des Staats zum Schutz der Schwachen
forderte. Sie will keine utopische Gleichmacherei, aber sie
will, daß allen Menschen gleiche Möglichkeit gegeben werde,
sich zu bilden und aufzusteigen. Niemand spricht von den
Taufenden, die bei den heutigen Verhältnissen trotz aller
Möglichkeit und allen Strebens unten geblieben sind, so
wie man bei den Auswanderern nach Amerika nur die
Einzelfälle erwähnt, in denen das Glück günstig war. Die
meisten bleiben mit der Schicht, in die sie durch den Zufall
hineingeboren wurden, verbunden auf Seibel und Her-
berden. Glänzende Talente wirtschaftlicher und organi-
satorischer, literarischer und künstlerischer Art gehen ver-
loren, weil den breiten Massen die Möglichkeit der
Weiterbildung fehlt. Deshalb fordern wir die weitest-
einstreute Defensivität unserer
Schulen. Und dann die Lohnfrage. Das ist nicht
nur eine materielle Angelegenheit. Gute Arbeitsverhältnisse
sind die Voraussetzung allen kulturellen Fortschritts. Nur
der gehobene Arbeiter kann Gemein Sinn, Vaterlandsliebe,
Kulturgefühl bekommen. Wir sind vorangekommen im
unserer Kultur, aber diese Kultur beschränkt sich auf eine
dünne Oberschicht. Darin liegt eine große Gefahr. Von
deutscher Kultur kann erst gesprochen werden, wenn sie das
ganze Volk umfaßt.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte kommen hinzu.
Es gilt als eine Vergewaltigung an Nationalvermögen, wenn
man Kapital zum Beispiel an Rußland leiht oder wenn
man Raubbau mit Naturerbschaften treibt. Eine welt-
schlimmere Vergewaltigung ist es aber, wenn man die
menschliche Arbeitskraft ruiniert und den
Nachwuchs durch elende Arbeits- und Woh-
nungsverhältnisse schädigt. Und auch das
Wort muß beachtet werden: Hat der Arbeiter Geld, so
hat's die ganze Welt! Die Unternehmer müssen daran
denken, daß jede Rohnerhöhung eine Festigung des inneren
Marktes bedeutet. Es ist nicht wahr — was so oft einge-
wendet wird —, daß die Arbeiter ihren Wehrlöhen ver-
trinken“. Haben die Arbeiter nicht ihren guten Anteil
daran, daß die deutsche Industrie den Weltmarkt erobert
hat? Das kann man doch nicht mit Truntenbolzen. Und
selbst wenn der Alkoholismus noch eine große Rolle spielt,
wer trägt daran die Schuld? Die braven Moralprediger
mögen sich einmal fragen, was sie taten, wenn sie selbst
vielleicht zwölf und vierzehn Stunden am Tag Fronarbeit
tun müßten und kein rechttes Heim hätten. Unsere „Stiel-
lung auf dem Weltmarkt“ beruht auf Qualitätsarbeit.

Industriezweige, die nur durch Hungerlöhne zu halten sind, müssen ruhig zu Grunde gehen.

Das Eingreifen auf gesetzlichem Weg allein kann wenig helfen. Die Hauptfrage müssen die Arbeiter selbst tun durch ihre Organisationen. Deshalb verlangen wir die unbedingte Koalitionsfreiheit. Den Arbeitgebern muß es verboten sein, Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation auszuschließen. Gewiß ist ein Streik ein Unglück für alle Teile, aber er ist die letzte Waffe der Arbeiterschaft, wenn sie ihre Lage verbessern will. Streikrecht beruht allerorts auf dem Verbot der Unzufriedenheit. Freilich muß alles geschehen, was geschehen kann, um an Stelle des wirtschaftlichen Krieges den Frieden zu setzen. Darum wollen wir Tarifverträge und Einigungsämter.

Großes für die Arbeiterschaft kann aber nur erreicht werden in Verbindung mit der Wirtschaftspolitik. Alle Erfolge der Organisationen nützen nichts, wenn die Lebensverhältnisse Unbillig verteuert werden. Aber auch die allgemeine Politik spielt herein. Die Frage des preussischen Wahlrechts muß im Sinne unserer demokratischen Forderungen gelöst werden, wenn die Arbeiterschaft freudig mitarbeiten soll an unserem Staatsleben. Solange die Herrschaft des preussischen Junkers nicht gebrochen ist, wird der Arbeiter das Gefühl nicht los: das ist nicht mein Staat. Das nationale Gefühl besteht nicht im Futurismus. Vielmehr müssen wir unsere Verhältnisse so ausgestalten, daß jeder Bürger und jeder Arbeiter den Staat als seine eigene Sache empfindet.

Zum Schluß ging Redner auch auf die Forderungen des Sozialismus ein. In absehbarer Zeit sei an ihre Verwirklichung gar nicht zu denken. Deshalb sollten die Arbeiter nicht auf ein in weiter Ferne schwebendes Zukunftsideal vertröstet werden, sondern die Arbeiterfragen müßten als Gegenwartsfragen behandelt werden. Wir wollen die Arbeiter nicht auf das sozialistische „bessere Jenseits“ vertrösten, das unsere Kinder sicher noch nicht erleben werden, sondern schon das kapitalistische Diesseits möglichst wohllich einrichten. Wir wollen eine große, neue, deutsche Zukunft schaffen helfen und ein Nationalgefühl, das nicht auf die Schmachten und die Fährten der Vergangenheit stolz ist, sondern auf die Arbeit und die Fortschritte der Gegenwart.

Ein wertvoller Beitrag zur Heimarbeitfrage

ift auch die Rede, die der Abg. D. Raumann am 2. März gelegentlich der Beratung der großen Gewerbeordnungsnovelle im Reichstage gehalten hat. Redner verteidigte zunächst die Berliner Heimarbeit ausstellung gegen den Vorwurf, daß sie tendenziös gewesen sei, und erblühte ihr Hauptverdienst darin, daß sie neues Material geliefert habe zur Aufweckung sowohl des Verstandes wie des Bewußtseins gegenüber einem Gewerbezustand, der im grellen Gegensatz zu den übrigen Kulturfortschritten steht, die wir um uns herum haben. Denn während die übrige Kultur steigt — auch die Kultur der Fabrikarbeiter steigt —, so bleibt der Hausindustrielle in seiner Waise derselbe Mensch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Daran ist nach Raumann nicht in erster Linie die Probität der Unternehmer schuld, sondern die Sacht des Publikums, für recht billiges Geld allen möglichen Schund zu erwerben.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner sodann mit der Frage des Verbots der Heimindustrie:

Dieses Verbot wäre ganz gut, wenn es durchführbar wäre; diesem Verbot zugunsten, würden mich in keiner Weise die üblichen Einwände auf den stillen Wert des Familienlebens in der Heimarbeit abhalten.

Wer, wie ich, aus dem Gebiete ländlicher Heimarbeit kommt, hat darüber doch zum Teil recht kritische Gedanken aus seinen Erfahrungen heraus.

Und der Uebergang zur Fabrikindustrie bedeutet doch auch keineswegs eine Herabsetzung der sittlichen Qualität an sich. Infolgedessen lassen wir diese ganze Beurteilungswelt als zu unsicher außer Betracht und fragen nur rein technisch: kann man verbieten? Ja, man kann eine einzelne Hausindustrie verbieten! Dann steht ein guter Teil der heute in dieser Hausindustrie Beschäftigten in die nächste Hausindustrie hinein. Dann tut man weiter nichts als der Landmann, der von dem einen Felde die Krähnen verschaukt, die sich dann auf dem nächsten Felde ebenso herbenweise niederlassen. Es ist uns zwar gesagt, das wird nicht geschehen; denn wenn man zum Beispiel die Heimarbeit in der Tabakindustrie verbiete, so würden deshalb nicht weniger Zigarren geraucht; sie müßten hergestellt werden, und dazu seien dieselben Arbeitskräfte in Fabriken notwendig. Ich halte das nicht für ganz richtig, schon deshalb, weil ich nicht weiß, ob dann bei erhöhten Preisen noch ebenso viele schlechte Zigarren geraucht werden würden wie heute; aber vor allen Dingen deshalb: die Fabrik kann nicht beliebig wandern, die Heimarbeit geht aber bis in jedes Tal hinauf, sie kriecht bis in jedes einzelne Haus im Walde. Alle die Leute, die vereinzelt sind, alle die halben Kräfte, die Schwachen und die Alten, die nur mit halber Arbeit neben anderer Beschäftigung in der Hausarbeit sitzen, können den Weg in die Fabrik nicht mitmachen.

Wenn sie ihn nicht mitmachen können, würde man sie mit der Methode des Verbleitens immer nur aus einem Gewerbe in das andere Gewerbe hinüberjagen, — eine traurige Jagd gerade der Elendlichen aus dieser Sphäre.

Dann halte ich auch technisch ein allgemeines Verbot

für unausführbar. Soll man den Satz in die Gesetzgebung aufnehmen: strafbar macht sich jeder, der etwas verkauft, was er in seiner Privatwohnung hergestellt hat —, so würde man ja damit allerdings die gründlichste Formulierung dieses Gedankens erreicht haben, zugleich aber auch mit der Ueberwindung die Unmöglichkeit beseligen eingesehen haben. Viele Hausindustrielle sind ja nur zeitweilig innerhalb der Privatwohnung beschäftigt; man kann beispielsweise für die Konfervenindustrie gar keine dauernden Räume dort herstellen, wo sie nur sechs Wochen im Jahre zu tun haben usw.

Ich will vor allen Dingen aber darauf hinweisen: wie verhält sich ein Verbot der Heimarbeit zur Armenpflege? In Berlin sind nach einer Annahme, die von Herrn Stadtrat Münsterberg stammt, etwa 190 000 Heimarbeiterrinnen. Diese 190 000 Berliner Heimarbeiterrinnen in Fabrik n überzuführen, ist eine sachliche Unmöglichkeit schon deshalb, weil man inmitten der Großstadt ein so ausgedehntes Fabrikssystem heute auf dem teuren Boden bereits nicht mehr aufstellen kann. Viele von diesen 190 000 werden Sie nie in einer Fabrik beschäftigen können — die Frauen, die Vereinzelt, die Schwachen usw.! Und dann, wie viel von diesen 190 000 verfallen entweder vollständig der berufsmäßigen Schande oder der Armenpflege anheim, wenn man ihnen die Heimarbeit wegnimmt!

Heute ist die Heimarbeit zum guten Teil die Begleiterscheinung der Armenpflege. Die armen Leute leben mit der einen Hand von der Armenverwaltung und mit der anderen Hand von dem hausgewerblichen Einkünfte erhöht, vermindert man das, was die Kommunen zu zahlen haben, und hier liegt das Interesse der großen Kommunen an diesen Sachen. Aber wenn wir die Heimarbeit ganz verbieten, dann schaffen wir eine große Klasse von Armen, welche noch arbeiten können, aber nicht mehr arbeiten dürfen, weil man sie in Fabriken nicht mehr hineinnehmen kann, und man schiebt sie vollständig auf Almosen und nimmt ihnen die regelmäßige Tätigkeit; und das würde ich nicht nur finanziell für einen großen Schaden ansehen, sondern vor allem auch für die Selbstachtung und die Selbsthaltung aller dieser Kreise.

Dem wenn jemand auch in die öffentliche Armenpflege hineingeraten ist, — daß er sich ein Stück seines Lebens noch verdient, das ist der letzte Rest seiner bürgerlichen Selbstachtung, den er sich mit hineingerettet hat bis in den Zustand der Armenpflege.

Infolgedessen glaube auch ich, daß man sich auf den Standpunkt stellen muß: ein allgemeines Verbot ist unmöglich, partielle Verbote können aus gesundheitlichen und ähnlichen Rücksichten nötig sein. Man muß deshalb den Gedanken der Reformierbarkeit des Hausgewerbes trotz seiner Schwierigkeiten immer wieder durchdenken. Freilich soll man dabei von vornherein keine zu großen Hoffnungen hegen. Wenn heute die gesegneten Faktoren des Deutschen Reichs daran gehen, die Hausarbeit gesetzlich zu regeln, so würde es der größte Fehler sein, wenn man irgendwie den Anschein erwecken wollte, als ob damit allein nun sozusagen gute Zustände erreicht werden können.

Das ist ausgedehnt auf diesem Gebiete. Man kann mit bloßen Inspektionen und Oefen Vorarbeiten nicht auf der Welt bloß sein, und das setzt sich genauer, sobald man den vorliegenden Bestimmungen des Entwurfs im einzelnen näher geht. Da kommen zunächst die Anforderungen an die Räume. Diese Anforderungen sind ja der Tendenz nach außerordentlich gut. Schlafräume dürfen nicht zur Herstellung von Zigarren und ähnlichen Arbeiten verwendet werden. Ja, aber, meine Herren, was ist ein Schlafräum? Bei einer Bevölkerungsdichte, von der mindestens die Hälfte in Räumen wohnt, die man als Einzimmerwohnungen bezeichnet, verbietet sich der Begriff „Schlafstube“ oder „Schlafraum“ ganz von selbst.

Es liegt so, wie es Blattman an einer Stelle anspricht: es wird „liberal geschlafen“, es wird im Korridor geschlafen, und unter dem Dach wird geschlafen, und in der Stube wird geschlafen.

Und in diesem Zustand, der der Zustand in der Hausindustrie in der Praxis ist, stellt sich nun die Gesetzgebung hin und sagt: Schlafräume bleiben reserviert! Und dabei hat man dann eine sehr wohlthuende Vorstellung von dem tagüber gelüfteten und geschonten Schlafräum! Bloß die Leute, die den Schlafräum haben sollen, fragen sich: woher sollen wir die Schlafstube nehmen, die das Gesetz vorseht? Und ähnlich ist es mit den Anforderungen an das Luftquantum des Arbeitsraums. Es ist zweifellos gut und richtig, 10 Kubikmeter Luftraum zu fordern. Die Forderung wird allerdings dadurch schon zum Teil illusorisch, daß das Gesetz nicht bestimmen kann, wieviel andere Personen außer den arbeitenden sich in demselben Luftraum aufhalten, und wenn in folgedessen der Luftraum vorläufigsmäßig für 4 Arbeitskräfte reicht, er wird aber tatsächlich von 8 bis 10 menschlichen Lungen erfüllt, dann haben wir alle die Mißstände trotz der gesetzlichen Vorschriften.

Aber auch die Raumforderung des Gesetzentwurfs heißt doch in Wirklichkeit: schafft euch Wohnungen an, die breit genug sind, um allen diesen Wünschen zu genügen — und die Leute, die sich die Wohnung anschaffen sollen, fragen uns mit Recht: wovon denkt ihr eigentlich, daß wir die Wohnung anschaffen sollen? Darauf antwortet das Gesetz: das ist eure Sache; wir bestimmen nur in § 19, daß ihr strafbar seid, wenn ihr die vorgeschriebenen Wohnungen nicht habt. § 19 sagt, daß bis zu 150 Mark strafbar ist, wer diesen Wohnungsanforderungen nicht entspricht. Wir nehmen an, daß der Schuldige im ersten Fall sehr gering bestraft werden wird; wovon soll er aber selbst dann seine Strafe zahlen? Von demselben Lohn, der nicht anreicht, die bessere Wohnung zu erschwingen, soll die Strafe bezahlt werden für die schlechte Wohnung, die der Mann jetzt inne hat!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 13 März 1908.

An die Ausschussmitglieder der Ortsvereine und Ortsverbände richten wir auch an dieser Stelle das dringende Ersuchen, keine Sitzung vorübergehen zu lassen, ohne die Mitglieder zum Abonnement auf den „Gewerkverein“ aufgefordert zu haben. Es genügt dabei natürlich nicht, daß gewissermaßen nur der Not gehorchend, mit dürren Worten diesem Wunsche Rechnung getragen wird, sondern die Bedeutung der Presse für unsere Organisation muß in das richtige Licht gerückt werden. Wenn alle Ausschussmitglieder sich ihrer Pflicht in dieser Beziehung wirklich bewußt sind, wenn sie mit der nötigen Begeisterung für die Verbreitung des Verbandsorgans und damit der Gewerkevereinsarbeiten, dann muß es möglich sein, wenigstens im Durchschnitt zwei neue Abonnenten in jedem Ortsverein zu gewinnen. Das würde einen Zuwachs von 4—5000 neuen Lesern bedeuten. Welche Vorteile aber würden nicht der Gesamtorganisation daraus erwachsen! Nicht allein, daß die Grundsätze unserer guten Sache immer mehr und mehr vertieft würden und neue wahrhaft zielbewußte Mitkämpfer in unseren Reihen erzogen würden, es würde dadurch auch möglich sein, allmählich eine Verbilligung des Abonnementpreises für den „Gewerkverein“ eintreten zu lassen, oder aber das Blatt inhaltlich noch weiter auszugestalten. Alle diese Momente sollten im Interesse unferer Sache gebührend gewürdigt werden, und wir sind überzeugt, daß bei gutem Willen und einem warmen Appell an den Opfermut der Kollegen es gelingt, die in erfreulichem Steigen begriffene Zahl der Abonnenten auch bis zum nächsten Quartal ganz erheblich zu vergrößern.

Die Abonnementbedingungen sind hinreichend bekannt. Trotzdem weisen wir nochmals darauf hin, daß bei wöchentlich zweimaliger Zustellung ins Haus, der „Gewerkverein“ für das ganze Vierteljahr nur 88 Pfg. kostet. Wer das Blatt selbst von der Post abholen will, hat nur 65 Pfg. zu zahlen. Bestellungen nimmt die zuständige Postanstalt und der Briefträger entgegen.

Die gestrige Zentralratsitzung beschäftigte sich an erster Stelle mit einem Petitionsentwurf des geschäftsführenden Ausschusses, betreffend die gesetzliche Regelung des Werkspensionsklassenwesens. Der Zentralrat stimmte ohne Diskussion der gedruckten Vorlage zu, die nun mit eingehender Begründung dem Reichstag und Bundesrat zugeandt werden soll. Den Wortlaut der Petition bringen wir in nächster Nummer. Sodann erlatete Kollege Reußfeld Bericht über die Lage im Saarrevier. Nach kurzer Diskussion wurde dem geschäftsführenden Ausschuss der Auftrag gegeben, für baldmögliche Wiederbesetzung der zum 1. April frei werdenden Stelle Sorge zu tragen. Den dritten Punkt der Tagesordnung bildet ein Bericht des Kollegen Erleenz über die Tätigkeit vor dem Reichsversicherungsamt. Wir werden diesen Bericht in aller nächster Zeit zum Ausdruck bringen.

Die preussischen Landtagswahlen werden, wie der Finanzminister von Rheinbaben am Dienstag im Abgeordnetenhaus bekannt gab, nicht erst im Herbst, sondern bereits Mitte Juni stattfinden, so daß der neugewählte Landtag zu seiner ersten Arbeitssession zu Anfang Oktober zusammentreten könnte. Allzu großes Aussehen hat diese Mitteilung nicht erregt, da man in weitesten Kreisen mit einem früheren Termin der Landtagswahlen gerechnet hat. Auch im Landtage kommen überaus wichtige, die Arbeiterschaft lebhaft interessierende Fragen in Betracht. Abgesehen von der Umgestaltung des Landtagswahlrecht wird hier die Entscheidung gefällt über alle die Gewerbaussicht beruhigenden Fragen, ferner untersteht das Gebiet der Schule, des Wohnungswesens und dergl. der Gesetzgebung des Landtages. Die Arbeiterschaft hat deswegen auch an dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen ein lebhaftes Interesse und wird nur für die Kandidaten derjenigen Parteien zu haben sein, die in diesen Fragen genügend soziales Verständnis an den Tag legen. Es ist aber von Bedeutung, daß die Verbandsmitglieder überall im Lande ihre Ansichten zu erkennen geben und in den Wählerveranstaltungen vom Standpunkte der Deutschen Gewerkevereine aus die Kandidaten nach ihrer Stellung befragen. Auch in den politischen Organisationen, in denen sie tätig sind, müssen sie darauf hinzuwirken suchen, daß nur Kandidaten aufgestellt werden, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter genügendes Verständnis entgegenbringen und den Willen befunden, diese

Forderungen auch energisch im preussischen Landtage vertreten. Wir werden noch öfters Gelegenheit haben, uns mit diesen, nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland bedeutamen Wahlen zu beschäftigen. Für heute genügt dieser Hinweis, um die Kollegen überall im Lande an ihre Staatsbürgerpflichten zu erinnern.

Die Reichsvereinsgesetzkommision sollte bekanntlich am vergangenen Mittwoch ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Wie wir bereits voraussetzte, wurde jedoch die anberaumte Sitzung noch im letzten Augenblick vertagt. Das scheint uns darauf hinzudeuten, daß hinter den Kulissen immer noch eifrig daran gearbeitet wird, einen Kompromiß zustande zu bringen. Die Regierung zeigt sich auch recht hartnäckig. Sie hat in allen möglichen Tonarten verstanden lassen, daß, falls der § 7 nicht im Sinne ihrer Vorlage erledigt wird, ihr an dem Zustandekommen des Reichsvereinsgesetzes nichts liegt, und sie gewillt sei, die ganze Vorlage zurückzugeben.

Öffentlich machen diese Drohungen keinen Eindruck. Die Parteien haben sich nachgiebig genug gezeigt: nun möge ihnen auch die Regierung entgegenkommen; denn es wäre tief bedauerlich, wenn das Vereinsgesetz nicht zustande käme, das immerhin geeignet wäre, wenigstens die schlimmsten Mißstände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes zu beseitigen.

Wahlen. Einen erfreulichen Erfolg hatten unsere Verbandsmitglieder in Quedlinburg bei den am Mittwoch stattgehabten Gewerbetätigenwahlen. Von den 6 Arbeitervereinigungen erhielten sie 2, während die „freien“ Gewerkschaften dank einer rücksichtslosen Agitation 4 Sitze gewannen.

Arbeiterbewegung. Nachdem der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von München und Umgebung sämtliche mit den einzelnen Arbeitergruppen abgeschlossenen Tarifverträge gekündigt hat, haben in diesen Tagen Verhandlungen stattgefunden, um einen neuen Vertrag zum Abschluß zu bringen. Bisher konnte ein Resultat nicht erzielt werden. Die Verhandlungen wurden vorläufig abgebrochen und sollen am 20. März fortgesetzt werden. — Der Verband der Pfasterermeister in Rheinland und Westfalen hat den Pfasterern und Steinsetzern einen neuen Tarif vorgelegt, der von den Gehilfen abgelehnt und mit einem von diesen selbst ausgearbeiteten Entwurf beantwortet wurde. Die Unternehmer wollen, wenn ihr Entwurf nicht angenommen wird, am 1. April sämtliche Arbeiter auspersperren. — Zwischen dem Zimmermann in Schwelm und den dortigen Unternehmern sind Differenzen ausgebrochen, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber ablehnen. — In einer Tarifbewegung befinden sich die Schneider in Bamberg. Es handelt sich in der Hauptsache um eine allgemeine Regelung der Löhne. — Der Streik der Arbeiter in Berlin darf als beendet gelten, nachdem die Arbeitgeber zum größten Teil die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. — Der Breslauer Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat beschlossen, alle diejenigen Arbeiter, die am 18. März feiern, auf mindestens 8 Tage auszusperrn.

In Sidney (Australien) haben die Schauerleute beschlossen, sofort in den Generalstreik einzutreten.

Verleumdung nur zu! Unter dieser Ueberschrift berichtet vor einigen Tagen der „Vorwärts“ über eine Gerichtsverhandlung gegen unseren Kollegen Barnholt in Nürnberg. Es heißt da im „Vorwärts“, daß in der Verhandlung Barnholt es vorgezogen habe zu erklären, „daß er weder dem Arbeiterausschuß, noch der Verwaltung der Zahlstelle den Vorwurf habe machen wollen und können, sie hätten Unterstützungsgelder unter sich verteilt, und bedauere, wenn seinen Ausführungen dieser oder ein ähnlicher Vorwurf entnommen werden konnte“.

Das sieht so aus, als wenn Barnholt doch in irgend einer verbildeten Form jenen Vorwurf erhoben hätte. In Wirklichkeit aber trifft das nicht zu. Im Gegenteil, Barnholt hat vor Gericht eine Erklärung abgegeben, daß er einen solchen Vorwurf überhaupt nicht erhoben habe und bedauere, wenn seinen Ausführungen von der Gegenseite dieser oder ein ähnlicher Sinn entnommen werden konnte und entnommen wurde. Von einer Verleumdung unseres Kollegen konnte danach überhaupt nicht die Rede sein, weshalb der Vorsitzende des Gerichts den beiden Klägern den dringenden Rat gab, sie sollten einen Vergleich abschließen, da ihre ganze Anlage nur auf des Messers Schneide stehe. Ihr Rechtsanwält sah dies auch ein, weshalb die Verhandlung um eine halbe Stunde vertagt wurde, damit er den beiden Klägern beibringen konnte, daß ihre Klage unhaltbar sei, was ihm auch gelang.

Dieser Vorgang zeigt, daß auf jener Seite bei der ersten besten Gelegenheit, selbst ohne daß irgend-

wie ein Grund dazu vorliegt, zum Rabi gelaufen und die Hilfe derjenigen Gerichte in Anspruch genommen wird, über deren „Klassenjustiz“ sonst nicht genug getzert werden kann.

Ein eigenartliches Licht auf die Zustände im „freien“ Steinarbeiterverband wirft folgender Brief, der durch Zufall in die Hände eines unserer Kollegen gefallen ist und den wir wörtllich im folgendem wiedergeben:

Central-Verband der Steinarbeiter Deutschlands, Gau 10 München, München, den 13. Februar 1908.

Berter Kollege Buchmann! Brief vom 8. 2. Nürnberg erhalten sehr erfreulich war es für mich, daß Du in Arbeit bist. Es kommen jedoch desto trübere Nachrichten von Biberach und Ulm, daß dort die ehemalige Vorstandschaft von der Organisation einen gemaltigen Saft gezogen haben und sich hinterlistig verhalten haben. Dieß sein Vize und Besmann bei letzteren ist ein direkter Betrug sehr genaugt. Die Folgen davon schreibt Frank, daß sämtliche Kollegen in Biberach Ihren Austritt erklärt haben und die Zahlstelle Biberach sich auflösen muß. Dies sind ja sehr traurige Nachrichten die auf Konto Vize und Besmann zweifelslos gerechnet werden müssen. Auch er machte es in Biberach sein. Es wird also den gesunden Menschenverstand klar sein, daß unsere Gegner dieses auszuschlachten wissen hauptsächlich Besmann. Es liegt nun in meiner Pflicht und wird auch von mir verlangt, daß ich Euch alles auf deutschen Boden unfeiner mache. Dies ist zwar ein harter Schritt für mich aber er ist und macht sich notwendig im Interesse des Verbandes. Von Dir ist es nebenbei noch rätselhaft zumal Du 27 M. Wochenlohn und 23 Mart Entschädigung bekommen hast. Ich möchte nun dringend bitten, daß Du dich unverzüglich über diese Anfechtung wahrheitsgetreu äußerst und was Du gegen dich dagegen zu thun. Ich werde danach meine Disposition treffen. Mit kollegialen Gruß Josef Eml.

Eines Kommentars zu diesem Briefe enthalten wir uns.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterversicherung soll in der ersten Hälfte des Oktober in Rom stattfinden. Er bildet die Fortsetzung des im Jahre 1905 in Wien stattgehabten 7. internationalen Arbeiterversicherungskongresses, an dem unter anderen auch unser Kollege Gustav Hartmann als Vorsitzender des Zentralrats teilgenommen hat. Die Tagung in Rom wird sich, wie ihre Vorgänger, mit wichtigen Dingen beschäftigen. Zunächst sollen Sachleute über die inzwischen gesammelten Erfahrungen und erreichten geschilderten Veränderungen berichten; dann soll eine Aussprache stattfinden über folgende Fragen:

Die Aufgaben des Arztes bei der Arbeiterversicherung; die Schaffung eines besonderen Unterabzweiges für soziale Medizin; die Ausbildung der Beamten der Arbeiterversicherung; Berichte über den Stand der Frage in den verschiedenen Ländern und Reformvorschlüge; die Krankheit und die Arbeitsunfähigkeit (Anwaltschaft) an und für sich und in ihren gegenseitigen Beziehungen, in Hinsicht sowohl auf die Verhütung als auch auf die Versicherung; die Berufskrankheiten sowohl in Bezug auf ihre Verhütung als auf ihre Versicherung; die Regelung der Mutterkassenversicherung (Mutterkassenkassen); die Versicherung der Witwen und Waisen (Versicherung in Todesfällen); die Versicherung gegen die unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

Über alle diese Dinge werden Denkschriften von besonders dazu berufenen Personen vorgelegt werden. Außerdem sollen über folgende Punkte, die wegen Zeitmangels in den Sitzungen nicht durchgenommen werden können, Mitteilungen an den Ausschuß gerichtet werden können:

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungen; die Mißbräuche und das Simulantenum bei den Arbeiterversicherungen; das Verhalten der Unfälle und die Arbeitsinspektion; die Art der Beitragsleistung der staatlichen Anstalten zur Bildung der Alters-, Invaliditäts- oder Witwen- und Waisenpensionen (Bezugsfähigkeitsfragen oder den Einzahlungen entsprechen? Beiträgequoten, oder Erhöhung der zur Qualifikation gelangten Pensionen?)

Man sieht, auch der Kongreß in Rom wird sich mit liberale wichtigen Dingen beschäftigen, die für die Entwicklung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung der ganzen Kulturwelt von hoher Bedeutung sind.

Weder die Verminderung der Tuberkulosesterblichkeit in Preußen machte dieser Tage einer der ersten Vorkämpfer gegen diese tödliche Krankheit, Geheimrat Professor Fraenkel, in der Berliner Medizinischen Gesellschaft recht erfreuliche Mitteilungen. Aus den amtlichen statistischen Berichten ergebe sich die unbestreitbare Tatsache, daß sowohl die Gesamtsterblichkeit als auch die Tuberkulosesterblichkeit in Preußen in entschiedener Abnahme sich befindet. Von 1875—1881 hält sie sich nahezu auf einer konstanten Höhe. Von da an jedoch macht sich eine Tendenz zu fallen bemerkbar. Sie sinkt dann rapide herunter bis zum Jahre 1900 und darüber hinaus. Während in den ersten Jahren des gedachten Zeitraumes auf je 10 000 Lebende etwa 263 bis 249 Todesfälle kamen, beträgt die Ziffer gegenwärtig 193, 199, 197 und im Jahre 1900 sogar nur 180. Die Sterblichkeitsziffer bei der Tuberkulose ist in dem gedachten Zeitraum von 32,5 auf je 10 000 Lebende heruntergegangen auf 17,25.

Der Vortragende war der Ansicht, daß dieses günstige Resultat im wesentlichen zurückzuführen ist auf die Entdeckung des Tuberkelerregers durch Robert Koch und die dadurch gegebene Möglichkeit, vorbeugend auf die Tuberkulose einzuwirken, ferner auf die sozialen Einwirkungen der Krankenversicherungsgesetzgebung. Die Jahre 1882 und 1886 sind in einem gewissen Sinne als kritisch in der Entwicklungsgeschichte der Erkenntnis von dem Wesen der Tuberkulose sowie der gegen sie angewendeten Vorbeugungs- und Abwehrmaßregeln zu betrachten. Somit haben verschiedene Faktoren, teils rein sozialer, teils mehr hygienischer oder auch rein therapeutischer Art, an dem Zustandekommen dieses erfreulichen Ergebnisses mitgewirkt. Als einen Kontrollversuch gewissermaßen führte der Vortragende England, Schottland und Irland an. Hier existieren bekanntlich keinerlei gesetzliche Krankenversicherungen. Trotzdem zeigen England und Schottland seit nahezu einem halben Jahrhundert infolge des gesteigerten allgemeinen Wohlstandes und der damit im Zusammenhang stehenden hygienischen Verbesserungen eine ununterbrochen sinkende Sterblichkeit im allgemeinen und bei Tuberkulose im besonderen, während Irland gerade umgekehrt eine unausgesetzte steigende Sterblichkeitsziffer zeigt.

Als in allem konnte der Vortragende nach dem Ergebnis aller Statistiken und Veröffentlichungen die tröstliche Versicherung abgeben, daß die Tuberkulose eine Erkrankungsdart ist, die bis zu einem gewissen Grade dem bewußten Willen des Menschen unterworfen werden kann. Eine spezifische Behandlung der Tuberkulose ist jetzt, nachdem der Krankheits-erregter genau bekannt ist, durchführbar. Ihre Verbreitung kann durch eine sorgfältige Behandlung des Spreichels erheblich eingeschränkt werden. Schließlich kann durch veterinär-polizeiliche Maßregeln die Vergesundheitlichung des Viehstandes herbeigeführt sowie die Beschaffung einer einwandfreien Säuglingsmilch ebenfalls erreicht werden.

Als einen nicht unwichtigen Bundesgenossen in dem Kampfe gegen die Tuberkulose bezeichnet der Vortragende auch die Hygienbewegung. Der Aufenthalt von vielen Zehntausenden solcher Kranken in den verschiedenen Heilstätten wirkt einmal fördernd auf den Körperzustand der Anstaltsinsassen selbst, andererseits vorbeugend dadurch, daß er zur Verminderung der Uebertragungsgefahr auf die Familien erheblich beiträgt. Deshalb ist es Pflicht des Staates wie der kommunalen Verwaltungen, nicht minder aber auch Gebot der praktischen Menschlichkeit, in dem Kampfe gegen diese Volkspest nicht zu ermüden. Der Lohn wird dann auch sicherlich nicht ausbleiben.

Ein Hauptstich der Ahrensfabrikation für seine und teinste Werke ist die Stadt Waltham im Staate Massachusetts in Nordamerika. Die „Deutsche Ullmacher-Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 16 darüber, es sei eine Stadt mit 35 000 Einwohnern, und nicht ein einziges Restaurant mit alkoholischem Getränken sei dort zu finden. Dann teilt sie wörtllich folgendes mit: „Dieser scheinbaren Schattenseite haben aber erhebliche Vorteile gegenüber; denn die große Zahl der in Villenart gebauten, mit grünen Gärten umgebenen Häuser, in denen Arbeiter als Besitzer wohnen, bewirkt einen gewissen Wohlstand, der vielleicht nicht vorhanden wäre, wenn dem Zuseher Alkohol so große Beträge geproft würden, wie dies anderwärts leider geschieht. Auch die Vornehmheit im Auftreten und in der Lebensführung, wie sie dem dortigen Arbeiter eigen ist, würde vielleicht anderswo nicht durchzuführen sein. Paul Dehannet, der einjährige französische Kammerpräsident, der, um die Arbeiterverhältnisse zu studieren, Waltham besuchte, behauptete, daß die Arbeiter dort so aus der Fabrik kamen, wie in meinem Vaterlande aus der Kirche“. Nach erkannter war er, als er einen der Arbeiter zur Mittagstafel besuchte und ihn bei sein und begleitet angereicherter Zeit fand. Als er sich Tisch und Räume gründlich angesehen hatte, meinte er, daß die Reichen in seiner Heimat nicht besser lebten“.

Natürlich bedarf es keiner weiteren Beleuchtung, welche Vorteile der großen Ahrensfabrik dadurch entstehen, daß sie über ein immer nützlicheres, von den Folgen des Alkoholgebrauches nicht geschädigtes Personal verfügt, meint mit Recht der Berichterstatter der genannten Fachzeitung.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C. Sophienstr. 18, beginnt am Mittwoch, den 1. April cr. ihr Sommerhalbjahr. Unterrichtsgegenstände sind Deutsch (Rechtschreiben, Sprachlehre, Aufsatz, Briefstil, Literatur), Rechnen, Algebra, kaufmännisches Rechnen, kaufmännische Korrespondenz, einfache und doppelte Buchführung, Französisch, Englisch, Stenographie (Arends), Schönschreiben (Rundschrift), Gesang, Turnen. Wer seine zeichnerischen Anlagen entwickeln und vervollkommen will, findet gründliche Unterweisung in den Kurfen für Zirkel- und Projektionszeichnen, Aquarellieren, Zeichnen und Malen nach Pflanzen, Tieren und Ornamenten und nach dem Lebenden Modell. Als Ergänzung hierzu treten hinzu die sonntäglichen Fahrten in die Umgegend Berlins zwecks Waldstudien in der freien Natur. In den Fachklassen für Tischler, Drechsler, Schlosser, Maschinenbauer und verwandte

Berufsarten werden die Schüler geübt im Zeichnen und Entwerfen kunstgewerblicher und gewerblicher Gegenstände.

Gewerbvereins-Zeil.

Berlin. Der Ortsverein der Konditoren Berlin II hielt am 25. Februar eine große öffentliche Gewerbevereinsversammlung ab, in der zunächst Kollege Erkelens ein Referat hielt.

Kollegen der Staats-Eisenbahn-Verwaltungen!

Es ist jetzt ein reichliches Vierteljahr her, seit wir in Gleiwitz, D. Schl., an die Gründung eines Ortsvereins der Deutschen Eisenbahner herangegangen sind.

Kollegen! Dieser Ortsverband hätte nicht innerhalb seiner Vereine den Anfang von Mitgliedern (Eisenbahnern) zu beklagen und welcher Ortsverband möchte dieselben nicht wieder zu seiner eigenen Stärkung zurückgewinnen!

Material sendet der Untergemeinde jederzeit gern zu.

Erhard Böhm, I. Vorf. d. G. d. D. Eis. Gleiwitz, Barbarastr. 56.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstr. 221/223.

Orts- und Regionalverbände.

Hesse (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, abends von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. W. Schulte-Wahlter, Distriktsklub.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Mittheilung erfolgt nicht.

Anzeigen-Zeil.

Verbandsgenossen läuft niemals nach 8 Uhr abends. Insetate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine. Mittwoch, den 18. März 1908, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandshauses, Greifswalder Straße 221/223.

Hamm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Koffig, Uhländerstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reise-geld.

Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine. Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. Verbandsgenossen! Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierräume zur gefälligen Benutzung.

Berliner Volks-Zeitung. Bester Blatt für jedes Mitglied eines Gewerbevereins. Sie kämpft seit länger als 1/2 Jahrhundert für das Koalitionsrecht der Arbeiter und für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Landtag.